

Niederschrift

BaMo/007/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 27.10.2021

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr José Azevedo	CDU	Vertretung für Herrn Thomas Oechtering
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Vertretung für Frau Claudia Reinke
Herr Christian Heeke	CDU	Vertretung für Herrn Martin Beckmann
Herr Manoharan Murali	SPD	Vertretung für Frau Anna-Lena Storm
Herr Detlef Weßling	BfR	Vertretung für Herrn Claus Schröder

Gäste:

Frau Louisa Schröder	Büro Greenbox, Landschaftsarchitekten
Herr Niklas Rischbieter	Planersozietät Dortmund

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Dr. Jochen Vennekötter	Betriebsleiter TBR
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Hochbau
Herr Matthias van Wüllen	Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Rüdiger Elbers	Mitarbeiter Ordnungsbehörde
Herr Kai Hobbold	Mitarbeiter Stadtplanung
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Renate Essmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger

Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Anna-Lena Storm	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Mahmoud Tahmaz	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
---------------------	--

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 09.09.2021

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

1. Anfrage aus dem StUK:

Warum befindet sich im Bereich der Tichelkampstraße immer noch eine Baustelle.

Frau Schauer hat eine Beantwortung der Frage im Bau- und Mobilitätsausschuss unter Information der Verwaltung zugesichert.

Antwort Herr Hüntemann:

Im Kreuzungsbereich Tichelkampstraße/Pappelstraße befindet sich ein Blindgängerverdachtspunkt, der noch abgearbeitet werden muss. Die hierfür erforderliche Aufgrabung ist für den 4. November terminiert. Ca. 1 ½ Wochen vor diesem Termin wird in diesem Bereich mit Sperrmaßnahmen begonnen.

2.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Zum **Wendehammer Walshagenstraße** berichtet Herr Heeke, dass es sich während der Woche relativiert habe, aber am Wochenende dort noch geparkt werde.

Herr Elbers erklärt, dass er anregen werde, dort auch am Wochenende Kontrollen vorzunehmen.

Herr Meier möchte wissen, ob sich schon etwas in Bezug auf die Buslinie zu den Behindertenwerkstätten im **Bereich Sandkampstraße/Düsterbergstraße** etwas getan habe.

Herr Elbers berichtet, dass man eine Ortsbegehung mit einer Mitarbeiterin der Emstorwerkstätten gemacht habe. Man habe sich geeinigt, dass man den Übergang deutlicher auf der Fahrbahn markieren und in dem Bereich eine Tempo-30-Zone einrichten werde.

1.	TOP 12 ÖS	Herr Ortel BaMo 09.09.2021	Steinfurter Straße neuer Bereich Geschwindigkeiten Pkws gefühlt mehr als 100 km/h
Antwort Herr Elbers			

Herr Ortel erklärt, dass er von Anwohnern der Steinfurter Straße angesprochen wurde, dass sowohl tagsüber als auch in den Nachtstunden, im fertig ausgebauten Bereich der Straße, Pkws mit bis zu gefühlten 100 km/h angetroffen werden. Er möchte bitten, hier kontrollierend und regulierend einzugreifen.

Frau Schauer werde die Anfrage an die Straßenverkehrsbehörde weiterleiten.

Antwort Herr Elbers

Zwischenzeitlich wurde eine Verkehrserhebung in Auftrag gegeben, die Aufschluss über das Geschwindigkeitsverhalten der Kraftfahrer geben soll.

Sofern sich aus der Verkehrsanalyse ableiten lässt, dass geschwindigkeitsüberwachende Maßnahmen erforderlich sind und auch die Standortanforderungen erfüllt werden, wird die Stadt Rheine dort mobile Geschwindigkeitsüberwachungen durchführen.

2.	TOP 12 ÖS	Herr Heeke BaMo 09.09.2021	Wendekreis Walshagenstraße
Antwort Herr Elbers			

Herr Heeke berichtet, dass in der Walshagenstraße im Wendekreis seit einigen Wochen Fahrzeuge von Paketdiensten geparkt werden und somit der Wendekreis für die Nutzung blockiert sei. Er bittet zu prüfen, ob für den Wendekreis ein Parkverbot ausgesprochen werden könne.

Frau Schauer nimmt die Anfrage zur Klärung mit.

Antwort Herr Elbers

Zur Lösung der Problematik, die im Übrigen auch von der Müllabfuhr bestätigt wurde, werden die Technischen Betriebe Rheine beauftragt, ein Haltverbot im Wendehammer einzurichten.

3.	TOP 13 ÖS	Herr Heeke BaMo 10.06.2021	Kreuzungsbereich Walshagenstraße/ Lingener Straße/Paulstraße- Änderung der Vorfahrtsregelung
Antwort Herr Elbers			

Herr Christian Heeke berichtet, dass es ihm um den Kreuzungsbereich Walshagenstraße/Lingener Straße/Paulstraße gehe. Er weist darauf hin, dass für die Lingener Straße Richtung Paulstraße und zurück eine Vorfahrtregelung gelte, diese aber ganz selten, gerade auch von Radfahrern, eingehalten werde. Herr Heeke möchte anregen und prüfen lassen, ob oberhalb der Lingener Straße (Höhe Friseursalon) ein Stoppschild angebracht werden könne, damit die Verkehrsteilnehmer gezwungen werden, anzuhalten.

Frau Schauer werde die Anregung zuständigkeithalber an Herrn Elbers weiterleiten. Sie weist darauf hin, dass in Absprache mit Herrn Brauer entschieden worden sei, dass solche Anfragen unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen der Straßenverkehrsbehörde“ mit vorgetragen werden können. Somit könne Herr Elbers gleich eingebunden werden und könne vielleicht auch schon antworten.

Herr Nagelschmidt regt an, die Vorfahrtregelung generell abzuschaffen und den Verkehr dort anders zu regeln. Er bittet, dass der Bereich mehr kontrolliert werde.

Herr Heeke ergänzt, dass er eine Änderung der Vorfahrtsregelung dort nicht sehe und es eine Erleichterung wäre, wenn ein Stoppschild angebracht werden könne, um wenigstens einige Verkehrsteilnehmer zum Stoppen zu bewegen. Weiter regt er an, dies mehrmals im Jahr zu überprüfen.

Herr Brauer kann die Gefahrensituation bestätigen. Er regt an, dass die Verwaltung mit der Politik einen Ortstermin mache, da diese Straßen auch zur Erschließung des Ems-EKZs diene und der Hauptverkehr aus der Richtung komme. Herr Brauer weist darauf hin, dass vor vielen Jahren diese Verkehrsführung als abknickende Vorfahrt für die Erschließung des Ems-EKZs entstanden sei.

Antwort Herr Elbers

Am 04. Oktober 2021 fand eine Ortsbesichtigung statt. An dieser Ortsbesichtigung nahmen neben der Straßenverkehrsbehörde politische Vertreter und Mitglieder des Arbeitskreises Verkehr (Polizei, Mobilitäts- und Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, Technische Betriebe Rheine) teil. Vor Ort konnte wegen der baulichen Gegebenheiten keine pragmatische Sofortmaßnahme beschlossen werden. Nun soll die Verwaltung prüfen, ob es möglich ist, in dem Gebiet zwischen Hansaallee/Konrad-Adenauer-Ring/Kardinal-Galen-Ring und der Ems eine Tempo-30-Zone einzurichten.

3. Einwohnerfragestunde

Bürger 1

Bürger 1 erklärt, dass er u. a. auch als Vertreter der Stadtschulpflegschaft komme. Man habe mit Interesse den TOP 9 – Verkehrssicherheit auf den Wegen zu Schulen und Kindertagesstätten – gelesen und möchte hierzu auch einen Antrag stellen. Man werde die wichtigen Punkte, für die einzelnen Parteien noch einmal zusammenfassen und würde sich freuen, wenn diese weiterverfolgt werden.

Frau Schauer erklärt, dass der formale Weg ein Antrag aufgrund § 24 Gemeindeordnung (GO) sei, wobei die Verwaltung aber auch zu einzelnen Punkten direkt angesprochen werden könne, um kurzfristig kleinere Angelegenheiten zu beheben. Wenn er dann ein umfassendes Thema im politischen Gremium behandelt haben möchte, sei ein Antrag nach § 24 GO der richtige Weg.

Weiter weist Bürger 1 für die Schulpflegschaft des Kopernikus-Gymnasiums darauf hin, dass es am 16.03.21 eine Sicherheitsbegehung gegeben habe, wobei festgestellt wurde, dass es Probleme mit der Leinwand gebe, die nicht mehr dem Stand der Sicherheitsbestimmungen entspreche und die Bühnenvorhänge, die in Bezug auf den Brandschutz bemängelt worden seien. Bürger 1 fragt, wann hier mit einer Lösung zu rechnen sei.

Frau Schauer erklärt, dass sie die Anfrage zur Prüfung mitnehme.

Bürger 1 erklärt, dass der Rat am 17.01.2021 beschlossen habe, die Sporthalle des Kopernikus Gymnasiums zu sanieren. Auch hier sehe man kein Vorankommen in der Maßnahme. Bürger 1 möchte wissen, wann man mit dem Start der Sanierung rechnen könne.

Frau Schauer erklärt, dass man aufgrund des Ratsbeschlusses einen Förderantrag gestellt habe, der abgelehnt wurde, da das Programm stark überzeichnet gewesen sei. Man habe mit dem Fördergeber vereinbart, in diesem Jahr noch einmal zu prüfen, ob bzw. wie ein anderes Förderprogramm in Frage kommen könnte. Sie weist darauf hin, dass diese Abstimmung mit dem Fördergeber zurzeit laufe und man im Rahmen des Maßnahmenprogrammes der Zentralen Gebäudewirtschaft Anfang 2022 im Ausschuss berichten werde. Frau Schauer erklärt, dass es schon richtig sei, dass etwas gemacht werden müsse, es sich aber um keine Gefahr im Verzuge handle.

Bürger 1 weist darauf hin, dass die Sanierung der Sporthalle schon seit Jahren anstehe und es keine Sportstätte sei, die nur für den Schulsport genutzt werde, sondern auch eine Veranstaltungsstätte sei und man somit auch eine Außenwirkung habe.

Bürger 2

Bürger 2 möchte wissen, falls die Vorlage 493/21 beschlossen werde, wie lange es dauern würde, einen Kreisverkehr bzw. eine Ampelanlage auf der Rheiner Straße zu bauen.

Herr Brauer erklärt, dass für das Jahr 2022 drei Kreisverkehre zum Bau vorgesehen sind und ihre Priorität festgelegt worden seien. Er weist darauf hin, dass die Prioritätenliste vom Bau- und Mobilitätsausschuss beschlossen wurde und der Kreisverkehr in Mesum nicht enthalten sei.

Frau Schauer weist darauf hin, dass die Verwaltung eine zusätzliche Querungshilfe, zur bereits Bestehenden favorisiere, was allerdings mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt werden müsse. Eine Querungshilfe sei nicht so aufwändig in der Herstellung wie ein Kreisverkehr, wobei aber auch hierfür noch keine Haushaltsmittel für das Jahr 2022 veranschlagt seien. Zum Zeitpunkt der Durchführung erklärt Frau Schauer, dass es darauf ankomme, wie schnell man in die Abstimmungen und die vertraglichen Vereinbarungen mit dem Baulastträger komme.

Bürger 2 fragt zur Baumaßnahme der Fußgängerampel im Ortskern, wann diese fertig sei, da Busse und Pkws die temporären Zebrastreifen nicht wirklich wahrnehmen, was somit eine Gefahr gerade auch für die Schulkinder sei.

Herr Elbers erklärt, dass Pappolizisten zu beiden Seiten aufgestellt worden seien und die Maßnahme Anfang November, lt. Auskunft des Kreises Steinfurt als Baulastträger, beendet werde.

Bürger 3

Bürger 3 erklärt, dass man vor vier Wochen aufgefordert worden sei, den Grünbewuchs, der in den Straßenraum ragt, zu beseitigen. Bürger 3 fragt, ob auch die Deutsche Bahn in die Pflicht genommen werde, da an der Bahn im Bereich Friedenstraße die Pflanzen und Brennnesseln bis auf den Weg ragen. Weiter seien die Wege hinter dem Combi-Markt bis zur Hälfte von Grünbewuchs belegt. Bürger 3 möchte wissen, warum dort nichts passiere bzw. wann dort etwas gemacht werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass auch die Deutsche Bahn genauso wie eine Privatperson verpflichtet sei und auch aufgefordert würde, den Grünbewuchs zurückzuschneiden. Wenn keine Maßnahmen folgen, können auch hier Ersatzvornahmen, die an gewisse Bedingungen geknüpft seien, vorgenommen werden. Er gebe zu, dass es mit der Bahn nicht so einfach sei, dort den zuständigen Mitarbeiter zu finden, der dann auch noch etwas veranlassen könne.

4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt: A5 Neugestaltung des Umfeldes rund um ehemals Hertie Vorlage: 387/21

Frau Schröder vom Büro GREENBOX Landschaftsarchitekten stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und die Konzeptvarianten vor.

Nach der Präsentation kann festgestellt werden, dass alle Fraktionen der Konzeptvariante „Grüner Hof“ zustimmen und diese befürworten.

Herr Kleene möchte wissen, wann man mit dem Start der Maßnahme rechnen könne.

Herr van Wüllen erklärt, dass das Umfeld „Staelscher Hof“ immer in Abhängigkeit zu den Hochbaumaßnahmen stehe. Wichtig sei, dass man jetzt in die Entwurfsplanung komme, damit die Schnittstellen, die mit der Hochbaumaßnahme entstehen, feinabgestimmt werden können. Die gesamte Maßnahme müsse wenigstens so weit sein, dass man nicht mehr mit schwerem Gerät die Flächen befahren müsse. Dann erst könne mit der Umgestaltung begonnen werden. Er gehe davon aus, dass der Staelsche Hof voraussichtlich im Jahr 2025 in Angriff genommen werden könne.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zu den Varianten Vorplanung Staelscher Hof zur Kenntnis und beschließt, dass die durch das Büro GREENBOX erstellte Variante „Grüner Hof“ in der dieser Vorlage als Anlage 3 beigefügten Fassung Grundlage der weiteren Planung und Entwicklung ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß dieser Vorgabe eine Entwurfsplanung zu erstellen und dem Ausschuss zur Erörterung und weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Fußverkehrs-Check in Rheine; Ergebnisse Vorlage: 437/21

Frau Schauer erklärt, dass man heute über die schon durchgeführten Fußverkehrs-Checks berichten werde, wobei in der Zukunft noch weitere Fußverkehrs-Checks folgen sollen. Man habe gesehen, dass auch die Bürgerbeteiligung gut gelaufen sei und schlage somit vor, dieses Modell auf die anderen Stadtteile zu übertragen. Weiter sollen auch Themen wie Schulweg- und Kindergartenwegsicherheit in diesem Rahmen mitbetrachtet werden.

Herr Rischbieter von der Planersocietät Dortmund stellt die Vorgehensweise und den Ablauf des Fußverkehrs-Checks für die Bereiche Schotthock und Mesum vor. Er berichtet, dass es sich hier um ein durch das Land NRW gefördertes Programm handle, was vorsehe, dass das Konzept „Förderung und Weiterentwicklung des Fußverkehrs“, vorangebracht werden solle. Er stellt anhand einer Präsentation den Ablauf und das Ergebnis für die Bereiche Schotthock und Mesum vor. Er erklärt, dass man sich auch im Rahmen der Schulwegsicherheit die Situationen in Bezug auf Barrierefreiheit, Querungen und Aufenthaltsqualität angesehen habe. Im Anschluss wurden dann die Maßnahmen, die auf Grundlage der Begehungen entwickelt wurden, im Abschlussworkshop vorgestellt und anhand der Planungsleitlinien und Ausführungsstandards festgehalten. Herr Rischbieter erklärt, dass man der Stadt Rheine eine Maßnahmentabelle an die Hand gegeben habe, die Empfehlungen für die Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen enthalte. Nachfolgend stellt er die empfohlenen Maßnahmen für die überprüften Bereichen vor.

Herr Jansen bezieht sich auf den Antrag in Bezug auf Verkehrssicherheit im Bereich Kitas und Schulen. Er habe sich die Route in Mesum angesehen, finde aber, das, was vorgeschlagen wurde, noch nicht ausreichend. Er erklärt, dass die begutachtete Strecke nur einen minimalen Teil der Schulwege abdecke. Wenn er sich die Beschlussvorlage z. B. für Mesum ansehe, müsse er leider sagen, dass dies nicht ausreichend sei. Er betont, dass das Konzept und der Ansatz von ihnen nicht kritisiert werde, nur reiche diese Betrachtungsweise für ein umfassendes Konzept je Schule/Kita und deren jeweiligen Hauptrouten nicht aus. Herr Jansen weist darauf hin, dass sie den hier angedachten Maßnahmen zustimmen werden, es ihnen nur in Bezug auf das v. g. Thema nicht genüge.

Frau Schauer erklärt, dass man festgestellt habe, dass das Konzept gut funktioniere und es wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Man habe in fast jeder Straße Kinder wohnen, wobei man dann sagen könne, dass jede Straße in Rheine ein Schulweg sei. Sie kann Herrn Jansen zustimmen, dass dies nicht alles sein könne, wobei sie gerne bei diesem Modell bleiben möchte. Hiermit könne sehr schnell der Ist-Zustand mit den Bürgerinnen, Bürgern und Eltern erfasst werden. Die Stellen, die man sich hier jetzt angesehen habe, seien im Moment die wichtigsten gewesen. Frau Schauer sei es wichtig, dass man nicht in ein zu feingegliedertes Konzept gerate, für das man dann aber 30 Jahre benötige, um alles abzuarbeiten.

Herr Jansen erklärt, dass dies nicht alles sein könne, was jetzt vorgeschlagen sei. Die in Mesum ansässigen Schulen haben mit dem betrachteten Weg kaum Berührungspunkte, weshalb er vorschläge, die Betrachtungsweise auf die Hauptverkehrsrouten der Schüler noch auszuweiten.

Herr Kleene fragt, ob es nicht besser sei, für jeden Übergang einen Zebrastreifen zu integrieren, da man als Autofahrer einem Zebrastreifen gewöhnlich viel mehr Aufmerksamkeit schenke.

Herr Rischbieter erklärt, dass es für die Einrichtung von Fußgängerüberwegen und Zebrastreifen hohe Voraussetzungen, wie z. B. Kfz-Geschwindigkeit und Belastung, Fußgängerfrequentierung etc., gebe.

Herr Tappe erklärt, dass er sich zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages die ergänzende Formulierung, dass „situativbedingte Änderungen in den Maßnahmen möglich sind“, wünsche.

Frau Schauer erklärt, dass es selbstverständlich sei, dass bei Gefahr im Verzuge oder wenn sich eine Situation geändert habe, gehandelt werden müsse. Sie weist darauf hin, dass man nicht nur Konzepte ausarbeiten, sondern auch zeitnah in die Umsetzung kommen möchte. Sie weist darauf hin, dass es dann auch möglich sein müsse, die Planung und Ausführung mit dem bestehenden Personal durchzuführen.

Herr Jansen merkt an, dass er ein Problem sehe, wenn diese Beschlussvorlage so beschlossen werde, wenn dann in der nächsten Vorlage, mit ihrem Antrag – Verkehrssicherheit auf den Wegen zu Schulen, Kindertagesstätten – beraten werde. Es müsse schon gewährleistet sein, dass, wenn der nachfolgende Antrag Auswirkungen auf diesen Beschluss habe, diese auch noch Berücksichtigung finden können.

Frau Schauer weist darauf hin, dass 2023 die Dorferneuerungspläne zur Planung anstehen und es dann viele Beteiligungen geben werde. Ihr Vorschlag sei, hier auch Mesum mit zu integrieren, wo auch das Thema Verkehr und Schulwegsicherung wieder eine Rolle spielen werde. Zum Schotthock erklärt Frau Schauer, werde man noch einmal schauen, ob sich noch weitere Routen ergeben werden und das Thema im Rahmen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) für eine entsprechende Abdeckung mit aufnehmen. Wenn diese Aussagen nicht reichen würden, könne man dies auch in die Beschlussfassung mit aufnehmen, dass mehrere Routen festgelegt werden sollten, insbesondere dann, wenn es mehrere Schulstandorte gebe.

Herr Dr. Konietzko regt an, dies so zur Kenntnis zu nehmen und die Prioritätenentscheidung der Verwaltung zu überlassen, da gravierende Schwierigkeiten generell schnell gelöst werden müssen.

Herr Brauer erklärt, dass er Herrn Dr. Konietzko diesbezüglich unterstützen möchte. Man habe den Vorschlag der Verwaltung und die Zusage, dass kurzfristig bei aktuellen Situationen immer eingegriffen werden könne.

Herr Jansen erklärt, dass es ihm wichtig sei, dass man für alle Stadtteile ausreichend Wege als Hauptrouten identifiziere, um entsprechende Maßnahmen zeitnah einzuleiten. Er würde den Satz von Frau Schauer gerne in die Beschlussfassung mit aufnehmen.

Frau Schauer erklärt, dass man die wichtigsten Hauptrouten in allen Bezirken zuzüglich der in Mesum (2023) und Schotthock (2022), entsprechend der Bürgeranregungen in die Beschlussfassung mit aufnehmen werde.

Herr Kleene bittet, auch an die Routen im Stadtteil Eschendorf zu denken, da es dort, durch das Baugebiet Eschendorfer Aue, mehr Verkehrsaufkommen geben werde.

geänderter Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Fußverkehrs-Check in Rheine zur Kenntnis.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt der vorgelegten Auflistung von Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs und der Verbesserung für mobilitätseingeschränkte Personen zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen.
3. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung in den nächsten Jahren weitere Fußverkehrs-Checks in den Stadtteilen/Bezirken vorzunehmen:

- 2022 Bezirk 2 (Dutum, Dorenkamp)
- 2023 Bezirk 5.3 (Altenrheine), 6.3 (Rodde/Kanalhafen), 7.3 (Gellendorf), 8 (Elte), 10 (Hauenhorst, Catenhorn)
- 2024 Bezirk 3 (Wadelheim, Schleupe), 4 (Bentlage, Wietesch)
- 2025 Bezirk 6.1 (Stadtberg), 6.2 (Eschendorf-Nord), 7.1 (Südesch), 7.2 Eschendorf-Süd)
- 2026 (Innenstadt)

Ergänzung zum Beschluss:

- 2022 Bezirk 5.1 (Schotthock)
- 2023 Bezirk 9 (Mesum)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Antrag UWG Rheine; "Mobilitätseingeschränkte Personen" im KOMM
Vorlage: 480/21**

Herr Schomaker erklärt, dass sie erreichen möchten, dass die Belange der mobilitätseingeschränkten Menschen in Rheine, obligatorisch geprüft und angemessen berücksichtigt werden. Somit können die Mitglieder der UWG dem vorgeschlagenen Beschluss zustimmen.

Frau Schauer erklärt, dass es zwar selbstverständlich sein sollte und sie aber dennoch den Antrag begrüße, da es wichtig sei dies auch deutlich zu machen. Darum habe man das Schaubild aus dem letzten Jahr entsprechend angepasst. Außerdem habe man weitere Personengruppen als Beispiel ergänzt, so dass man die besonderen Anforderungen der Kinder und der Senioren, aber auch das Thema „Genderplaning“ mit integriert habe. Sie weist darauf hin, dass dies natürlich alle Bereiche und nicht nur den Fußverkehr betreffe. Deshalb habe man dies als Querschnittsthema für alle Mobilitätsbereiche mit aufgenommen.

Beschluss:

Die UWG Rheine beantragt die Ergänzung der in den Vorlagen 209/21 und 186/21 dargestellten Maßnahmen zur Nahmobilität um den Punkt, Maßnahmen für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Antrag UWG Rheine, Die Linke; Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes, Einrichtung Beirat Verkehr
Vorlage: 442/21**

Herr Schomaker ergänzt zur Vorlage, dass es in Rheine diverse Förder- und Entwicklungspläne gebe, die eine gute Möglichkeit zum Arbeiten geben. Er weist darauf hin, dass das Bundesumweltamt Verkehrsentwicklungspläne empfehle und viele Fördermaßnahmen einen Verkehrsentwicklungsplan voraussetzen, wobei man die Gründe hierfür und weitere Ausführungen auf der Homepage des Bundesumweltamts nachlesen könne.

Herr Schomaker erklärt zu Punkt 2, dass ein „Beirat Verkehr“ im Vorfeld zur Entlastung beitragen könne, wobei Maßnahmen dann benannt und kurz- bzw. mittelfristig umgesetzt und vorbehan-

delt werden können. Da aus allen möglichen Bereichen Vertreter aus verschiedenen Beiräten, ADFC, Polizei etc. dem Beirat Verkehr angehören würden, könne man die fachliche Expertise durch die Politische ergänzen und Maßnahmen abgestimmt und zielführend umsetzen. Weiter sei ihnen wichtig, dass der Verkehrsentwicklungsplan und die Arbeit des Beirates Verkehr Hand in Hand gehe, was aus ihrer Sicht zu einer nachhaltigen und umweltgerechten Mobilitätsqualität in Rheine führe.

Frau Schauer erklärt, dass man eigentlich das Gleiche möchte aber unterschiedliche Ansätze habe, wie man dahin gelange, sie aber gegen einen Gesamtentwicklungsplan sei. Bei diesem Vorgehen sei der Umfang eines solchen Planes sehr groß bzw. kleinteilig, so dass dann der Zeitfaktor bevor man in die Umsetzung komme, zu lang sei. Sie weist darauf hin, dass auch sie in die Umsetzung kommen möchte, wobei ihr wichtig sei, strukturiert an die Themen heranzugehen. Hierfür sei das Kommunale Modulares Mobilitätskonzept (KOMM) entwickelt worden. Frau Schauer erklärt, dass aus ihrer Sicht die Einrichtung eines Beirates Verkehr eine Doppelstruktur wäre und Einzelfragen, die entstehen, durch die Anwesenheit der Straßenverkehrsbehörde im Ausschuss, gleich geklärt, bzw. auf den Weg gebracht werden können.

Herr Kleene, Herr Dr. Konietzko und Herr Jansen erklären, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen können.

Herr Jansen regt an, dass man Fachexperten zu bestimmten Themen, aber auch Beteiligte, für mehr Informationen mit in den Ausschuss einladen könne.

Herr Schomaker ergänzt, dass ein Verkehrsentwicklungsplan genauso wie ein Kinder- und Jugendförderplan nicht ein starrer Plan sei. Wie lange die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes dann endgültig dauern werde, entziehe sich seinen Kenntnissen. Man habe dem KOMM zugestimmt, wobei auch an anderen Stellen trotzdem Veränderungen möglich seien.

Beschluss:

1. Die Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes wird abgelehnt.
2. Die Einrichtung eines Beirates Verkehr wird abgelehnt.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 3 Nein-Stimmen

9. Antrag Bündnis 90/Die Grünen; Verkehrssicherheit auf den Wegen zu Schulen, Kindertagesstätten Vorlage: 481/21

Herr Jansen erklärt den gestellten Antrag. Er erklärt, dass man generell erst einmal dem Beschlussvorschlag so folgen könne. Herr Jansen ergänzt, dass die erweiterten und schon aufgeführten Maßnahmen eine budgetäre Berücksichtigung im kommenden Haushalt finden müssen.

Frau Schauer erklärt, dass momentan noch keine zusätzlichen Haushaltsmittel vorgesehen seien und die Dinge, die jetzt im Bereich Schotthock und Mesum umgesetzt werden sollen, im Rahmen des Budgets abdeckt werden können. Dies gelte allerdings nicht für den Kreisverkehr, da dieser eingeplant und eingetaktet werden müsse. Deshalb schlage sie vor, die Fußverkehrs-Checks erst einmal durchzuführen, um dann, möglicherweise zum nächsten Haushaltsjahr, für größere Maßnahmen Haushaltsmittel zu beantragen.

Herr Jansen bittet zu prüfen, wo das Maximum der Förderung liege, damit man nicht plötzlich dastehe und aufgrund fehlender Mittel nicht weitermachen könne. Er bittet zu schauen, dass gerade für die kleineren Maßnahmen genug finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Schauer erklärt, dass die weiteren noch anstehenden Fußverkehrs-Checks in Eigenregie durch z. B. Herrn Wolters oder Herrn Elbers durchgeführt werden. Man habe ein Modell und einen Weg erhalten und genug Expertise im Haus, um dies durchführen zu können. Frau Schauer sehe auch, dass man in Zukunft für die kleineren Maßnahmen ein Budget benötige, wobei der Umfang im Moment noch gar nicht bestimmt werden könne. Sie weist darauf hin, dass man die Maßnahmen Schotthock und Mesum aus dem Budget abgedeckt bekomme und die Fußverkehrs-Checks im nächsten Jahr durchführen werde, wobei sie für das Jahr 2022 noch keine Notwendigkeit sehe, Haushaltsmittel einzustellen.

Herr Isfort erklärt, dass die Mitglieder der CDU mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mitgehen können. Er weist darauf hin, dass es ihnen wichtig sei, dass alles ganzheitlich gesehen werde. Die unter Punkt 2 und 3 aufgeführten Maßnahmen sollen mit der Stadtschulpflegschaft für die Schulen und dem Jugendamtseaternbeirat für die Kitas abgestimmt und erarbeitet werden.

Frau Schauer erklärt, dass nichts dagegen spreche, die oben genannten Beteiligten mit einzubeziehen.

Herr Jansen erklärt, dass sie die Beteiligung als offenes Angebot sehen, wobei sich dann jeder beteiligen könne der es möchte.

Herr Brauer bittet darum, eine gemeinsame Formulierung für den zu ergänzenden 3. Punkt der Beschlussfassung zu finden.

Herr Jansen schlägt vor, die Ergänzung wie folgt zu formulieren: „Die in der Vorlage unter Punkt 2 und 3 zu erarbeitenden Maßnahmen, sollen mit relevanten Stakeholdern (Vertretern der Zielgruppen), wie z. B. für Schulen mit der Stadtschulpflegschaft und für Kitas mit dem Jugendamtseaternbeirat, gemeinschaftlich erarbeitet und abgestimmt werden.“

geänderter Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Schulwegsicherung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit bei der regelmäßigen Durchführung von Fußverkehrs-Checks und der Umsetzung der daraus abgeleiteten Verbesserungen der Infrastrukturmaßnahmen die Belange der Kinder besonders zu beachten und zu berücksichtigen.
2. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum konzeptionellen Vorgehen der Schulwegsicherung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgestellten Projekte und Konzepte des Schulischen Mobilitätsmanagement an geeigneten Pilotschulen der Stadt anzuwenden.
3. *Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, dass die in der Vorlage unter Punkt 2 und 3 erarbeiteten Maßnahmen mit relevanten Vertretern der Zielgruppen, wie z. B. für Schulen die Stadtschulpflegschaft oder für Kitas mit dem Jugendamtseaternbeirat, gemeinschaftlich erarbeitet und abgestimmt werden.*

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Grundschuloffensive Paul-Gerhardt-Schule, Einbau einer Lüftungsanlage
Vorlage: 543/21**

Frau Kurzinsky erläutert das Ergebnis des Arbeitsauftrages, insbesondere inwieweit in der laufenden Baumaßnahme noch Lüftungsanlagen eingebaut werden können. Sie erklärt, dass es noch möglich sei, im Dachgeschoss zwei zentrale Lüftungsgeräte einzubauen. Sie gibt einen Einblick in die Problematik und die Möglichkeiten des Einbaus und der Funktionsweise des Lüftungssystems innerhalb der Schule. Sie erklärt, dass die Geräte erst in den Sommerferien 2022 eingebaut werden können, wobei die vorbereitenden Maßnahmen, wie die Erstellung der Durchbrüche für die Zu- und Abluftschächte, die Installation der Leitungen und die Verkleidung der Schächte, während der Baumaßnahme mit durchgeführt werden können. Weiter erklärt Frau Kurzinsky, dass man am 13.10.2021 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einen Förderantrag für die förderfähigen Ausgaben gestellt habe und auch einen Zuwendungsbescheid erhalten habe. Man habe die Kosten in Höhe von 350.000,00 Euro angemeldet, wobei diese Kosten für die Paul-Gerhardt-Schule im Haushalt 2022 noch nicht berücksichtigt seien.

Herr Jansen begrüßt, dass man gemeinsam für die Paul-Gerhardt-Schule die Maßnahme der Lüftungsanlagen auch kurzfristig noch auf den Weg bringen konnte.

Auch Herr Dr. Konietzko begrüßt die kurzfristige Umsetzung der Maßnahme und kann Herrn Jansen nur vollumfänglich zustimmen.

Herr Schaper erklärt, dass es klar sein müsse, dass der Haushalt zu diesem Zeitpunkt mit diesen 350.000,00 Euro zusätzlich belastet werde. Wenn man die Klassenräume später nachrüsten würde, könne es zu Unterrichtsausfall kommen, was durch den jetzigen Einbau vermieden werde. Man sollte allerdings darauf achten, dass die Quadratmeterzahl, die eine Raumluftfilteranlage beansprucht, in Zukunft bei der Planung von Klassenräumen mit berücksichtigt werde.

Herr Brauer erklärt, dass man zu den Haushaltsplanberatungen die 350.000,00 Euro mit berücksichtigen werde, wobei es hierfür eine 80 %-ige Förderung gebe. Das würde für die Stadt Rheine heißen, dass 70.000,00 Euro in den Haushalt mit eingeplant werden müssen.

Frau Schauer weist darauf hin, dass, wenn diese Maßnahme heute so beschlossen werde, sie die Ergänzung für den Haushalt mitnehmen und einarbeiten werde.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Einbaus einer Lüftungsanlage für die Klassenräume, die Verwaltung und den Speiseraum der neuen Mensa in der laufenden Umbaumaßnahme an der Paul-Gerhardt-Schule.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Antrag BfR; Verbesserung ÖPNV, E-Ticketing
Vorlage: 524/21**

Herr Weßling verweist auf den Antrag. Er weist darauf hin, dass man eine andere Meinung, als die Verwaltung, zur Beschleunigung des ÖPNV vertrete, da man festgestellt habe, dass es im Busverkehr doch Verzögerungen gebe.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das vor einigen Jahren erstellte Gutachten, zur Beschleunigung des ÖPNV in Rheine, aufgrund möglicher neuer Erkenntnisse und Veränderungen angepasst und verbessert werden muss.
2. Ebenfalls wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob auch beim Stadtbus Rheine die Einführung eine E-Ticketings inkl. „Best-Prize-Funktion“ möglich ist.

Beschlussvorschlag der Fraktion BfR vom 06.09.2021.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt bei
1 Ja-Stimme
1 Enthaltung

**12. Einrichtung einer Tempo 30 km/h Zone - Rheine rechts der Ems - zwischen Hansa-Allee / Konrad-Adenauer-Ring / Kardinal-von-Galen-Ring - Antrag Ratsmitglieder vom 07.10.21
Vorlage: 510/21**

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass es eine Ortsbesichtigung mit verschiedenen Vertretern, wie Herrn Elbers, der Polizei und Anderen gegeben habe, wobei man nach eingehender Diskussion und Abwägung verschiedener Möglichkeiten, sich für eine Tempo-30-Zone als optimale Lösung entschieden habe. Er erklärt, dass man jetzt zwei Beschlussvorschläge habe. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag des Antragstellers.

Frau Schauer erläutert, dass die Entscheidung für eine Tempo-30-Zone keine politische Entscheidung sei, sondern nur eine Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde sein könne. Die Politik könne im Rahmen der baulichen Ausgestaltung eines Bereiches Einfluss nehmen, weshalb man die Beschlussfassung entsprechend angepasst habe.

Herr Elbers erklärt, dass er den Ausführungen von Frau Schauer nur zustimmen könne. Natürlich seien auch sie daran interessiert, Maßnahmen zeitnah umzusetzen, wobei der formale Weg immer eingehalten werden müsse.

Frau Schauer regt an, den Beschlussvorschlag des Antragstellers entsprechend anzupassen, dass man sage: „Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und wenn möglich einzuführen.“ Wenn dies nicht gehen würde, müsse der Beschluss später aufgehoben werden, was nicht zielführend wäre. Frau Schauer regt an, die beiden Beschlussvorschläge miteinander zu verbinden.

Herr Schomaker regt an, anstatt nur die rechte Seite auch die linke Seite zu berücksichtigen und mit einzubeziehen. Grundsätzlich können sie den Antrag der Antragsteller unterstützen, wobei der Vorbehalt der Straßenverkehrsbehörde mit aufgenommen werden solle.

Herr Jansen erklärt, dass auch er die Prüfung für den ganzen Ring bevorzuge.

Herr Isfort erklärt, dass man eine Erweiterung nicht geprüft habe und dies evtl. zu einem späteren Zeitpunkt nachholen werde.

Frau Schauer weist darauf hin, dass man in einer der kommenden Sitzungen mit dem Straßennetzplan hereinkommen werde. In diesem Rahmen werde man Vorschläge machen, wo auf Dauer Tempo-30-Zonen eingerichtet werden sollen. Sie erklärt, dass es eine Abstufung der Maßnahmen geben werde, um mit denen schon zu beginnen, wo es rechtlich möglich sei. In diesem Rahmen werde man sich mit dem gesamten Stadtgebiet befassen, wobei man sich dann auch mit der anderen Seite beschäftigen werde.

Herr Dr. Konietzko beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern: „Die Verwaltung wird beauftragt für das Gebiet zwischen Hansa-Allee/Konrad-Adenauer-Ring/Kardinal-von-Galen-Ring/Ems eine 30 km/h Zone zu prüfen und nach Möglichkeit einzuführen und alle entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.“

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebiet zwischen Hansa-Allee/Konrad-Adenauer-Ring/Kardinal-von-Galen-Ring/Ems eine 30 km/h Zone *zu prüfen und nach Möglichkeit einzuführen und alle entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.*

(Beschlussvorschlag der Antragsteller)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Verkehrssicherheit Salzbergener Straße - Anträge SPD und BFR vom 14.09.21 Vorlage: 503/21

Herr Schaper erklärt, dass sie bei ihrem Antrag bleiben werden. Ihnen sei wichtig, dass die Geschwindigkeit von 70 km/h auf 50 km/h reduziert werde und es eine Fußgängerampel am Kreuzherrenweg gebe. Weiter sollen die Querungshilfen nicht aufgegeben, sondern an der Hohen Allee und Sandkuhle eingerichtet werden. Er erklärt, dass man durch die Verschiebung des Ortseingangsschildes und die Einrichtung von Zebrastreifen am Kreisverkehr eine höhere Verkehrssicherheit bekommen möchte. Aus der Vorlage gehe hervor, dass die Geschwindigkeitsreduzierung erst zum Ende der Baumaßnahme erfolgen könne, was sie nicht verstehen konnten.

Herr Weßling erklärt als 2. Antragsteller, dass er die Ausführungen von Herrn Schaper nur unterstützen könne. Auch sie finden, dass es schnell zu einer Temporeduzierung kommen müsse. Weiter weist er darauf hin, dass man sich die gesamte Salzbergener Straße angesehen habe und auf noch weitere Gefahrenpunkte hingewiesen habe. Ein weiterer Punkt sei am Aldi-Markt, wo die Ein- und Ausfahrt zum Markt nicht klar geregelt sei. Herr Weßling ergänzt, dass es ein weiteres Problem am Elsa-Brändström-Weg gäbe, wo es immer wieder zu heiklen Situationen komme, wenn Radfahrer die Straße queren wollen. Sie würden hier eine Querungshilfe begrüßen und bitten, sich die Situationen insgesamt anzusehen und diese dann zu optimieren.

Frau Schauer erklärt, dass man hier eine Außerortsstraße habe und gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW eine Lösung gefunden habe, die gerade deshalb funktioniere, weil die Straße im nächsten Jahr umgebaut werde. Man habe eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 km/h für den Bereich nahe der Ortslage erreichen können. Hinzu komme die Möglichkeit einer Überquerung, wofür man sich die Zahlen aus einer Erhebung aus dem Jahr 2012 angesehen habe, und die meisten Zählungen im Bereich der Sandkuhle gewesen seien. Frau Schauer führt aus, dass man von diesen Zahlen ausgehen könne, da in diesem Bereich über die Jahre keine Baugebiete oder Attraktionen hinzugekommen seien, sie aber trotzdem offen für weitere Argumente sei. Der Landesbetrieb Straßen NRW begründe die Entscheidung damit, dass es hier in Richtung Innenstadt und Schulen gehe und die Signalanlage somit im Bereich der Sandkuhle anzusiedeln sei. Sie bittet Herrn Elbers, die Voraussetzungen für eine Geschwindigkeitsreduzierung von 70 km/h auf 50 km/h zu erläutern und warum die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 km/h zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden könne.

Herr Elbers erklärt, dass die Straßenverkehrsordnung (StVO) ganz strenge Maßstäbe vorgebe, wann Geschwindigkeitsbeschränkungen vorgenommen werden dürfen. Voraussetzung hierfür sei, dass es eine zwingende Notwendigkeit geben müsse, die klar als Gefahr für Leib und Leben definiert werden könne. Diese Gefahr müsse über das normale Maß des Verkehrsrisikos hinausgehen, welches man bei vergleichbaren Straßen habe. Zur Salzbergener Straße erklärt Herr Elbers, dass man eine Außerortsstraße habe und die Straße korrekt ausgebaut sei. Normalerweise sei bei einer Außerortsstraße 100 km/h gegeben und zulässig. Da es aber eine Bebauung und einen einseitigen Radweg in dem Bereich gebe, habe man schon die Geschwindigkeit auf 70 km/h reduzieren können. Herr Elbers weist darauf hin, dass es im Moment keine weitere Möglichkeit bzw. Voraussetzung für eine Reduzierung der Geschwindigkeit gebe. Mit dem Landesbetrieb Straßen NRW habe man sich abgestimmt, dass man über den geplanten Ausbau der Straße eine Ortsdurchfahrt erhalte und dann eine Möglichkeit habe, die Geschwindigkeit rechtskonform nach StVO auf 50 km/h zu reduzieren und dies anzuordnen.

Herr Dr. Lüttmann meldet sich zu Wort. Er erklärt, dass es für ihn so aussehe, dass es ein unterschiedliches Verständnis über die Aufgabenzuordnung gebe, weshalb er sich jetzt in die Diskussion einschalten möchte. Er erklärt, dass er das Gespräch mit der Mutter und Frau Thiekötter, als Sprecherin der Bürgerinitiative, geführt habe, wobei es auch bei den Anwohnern keine einheitliche Meinung gebe, wo die Ampelanlage hingehöre. Er weist darauf hin, dass die Ampelanlage bzw. das Ortseingangsschild nicht irgendwo hingestellt werden könne, sondern man an Gesetze und Verordnungen gebunden sei. Für das Thema Temporeduzierung habe der Gesetzgeber eine klare Regelung getroffen, wobei alle Experten wie Straßenverkehrsbehörde, Straßen NRW und auch die Juristen im Hause, die Rechtslage eindeutig sehen und für die Situation kein örtlicher Bezug hergestellt werden könne. Weiter weist Herr Dr. Lüttmann darauf hin, dass man sich die Unfälle der letzten 10 Jahre angesehen habe, ob es einen örtlichen Bezug zu dieser Gefahrenstelle gebe, was aber nicht der Fall sei. Deswegen wäre das Aufstellen eines Schildes mit 50 km/h aktuell rechtswidrig und ein solcher Beschluss gleich mit. Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass, wenn ein Beschluss vom Rat oder von einem Ausschuss der gegen geltendes Recht verstoße, gefasst werde, er verpflichtet sei, diesen Beschluss zu beanstanden. Dieser wäre dann nicht mehr gültig. Abschließend möchte er daran erinnern, dass der Meinungsaustausch, der hier stattfindet, immer auf einer sachlichen Basis und auf einem vernünftigen Niveau geführt werden solle.

Herr Jansen regt an, die aus 2012 vorhandene Datenlage durch eine aktuelle Erhebung zu erneuern, um daraus eine fundierte und aktuelle Planung zu erhalten. Erst dann könne man entscheiden, wo eine Lichtzeichenanlage bzw. Querungshilfe benötigt werde. Des Weiteren bittet er, den vorhandenen Ermessens- und Interpretationsspielraum voll und exzessiv auszunutzen, auch auf die Gefahr hin, dass man von der übergeordneten Straßenverkehrsbehörde gerügt werde.

Herr Tappe erklärt, dass auch sie den Mitgliedern der SPD zustimmen können, da es wichtig sei, das Tempo dort zu reduzieren. Er regt an, die Ortstafel neu zu verorten, wobei man dann einen Doppeleffekt erhalte werde. Man erweitere den Ortschaftsbereich und erhalte die gewünschte Geschwindigkeitsreduzierung. Ansonsten sei die Beschlussvorlage so, wie auch sie sie haben wollten.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass, wenn man das Vertrauen aus der Bevölkerung haben möchte, dies mit einem gesunden Menschenverstand erreichen könne. Probleme gebe es allerdings bei Grenzen, die sich über Paragraphen hinweg definieren. Ihm sei es wichtig, nach der besten Lösung für die Bürgerinnen und Bürger zu suchen.

Frau Schauer stellt noch einmal klar, dass man an dieser Stelle die Ermessensspielräume geprüft habe und keine Möglichkeiten sehe, die Geschwindigkeit kurzfristig und rechtlich sauber, egal mit welchen Ermessensspielräumen, umzusetzen. Zum Vorschlag von Herrn Tappe, das Ortsschild zu versetzen, erklärt Frau Schauer, dass es auch hierfür entsprechende Vorschriften gebe. Sie bietet an, noch einmal mit dem Landesbetrieb zu sprechen, ob es möglich sei, kurzfristig eine Plausibilitätsprüfung in Bezug auf die Querungshilfen durchzuführen und ob Änderungen noch möglich seien. Sollten Änderungen in der Planung noch vorgenommen werden können, könne man eine einfache Zählung durchführen und schauen, ob man richtig liege.

Herr Huesmann fragt, ob nach dem Umbau der Straße generell 50 km/h möglich sei und was Straßen NRW dazu sage.

Frau Schauer erklärt, dass dies soweit abgestimmt sei, wobei die Straßenverkehrsbehörde der Stadt Rheine dies dann anordnen müsse. Wenn alles baulich so umgesetzt werde, wie Straßen NRW dies angekündigt habe, sei man in der Lage 50 km/h anzuordnen. Sie weist darauf hin, dass die finanziellen Mittel beim Landesbetrieb mit eingeplant worden seien und es die Zusage gebe, dass es so umgesetzt werde.

Herr Weißling erklärt, dass ihm noch das Signal der Verwaltung fehle, sich auch der im Antrag aufgeführten anderen Stellen anzunehmen.

Frau Schauer erklärt, dass für den Neubau der Elsa-Brändström-Realschule ein neues Verkehrskonzept erarbeitet werden müsse und dann die Stelle des Elsa-Brändström-Weges mitbetrachten werde. Zum Thema Aldi schlägt sie einen Ortstermin vor, um sich die Situation anzusehen.

Herr Isfort regt an, Leuchttafeln anzubringen, die die Geschwindigkeit anzeigen, um dann mit einem entsprechenden Smiley den Verkehrsteilnehmer darauf hinzuweisen, wenn die Geschwindigkeit nicht passe.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass man sicher die „ELSA“ dort sporadisch platzieren könne, damit dort wenigstens 70 km/h eingehalten werde.

Herr Brauer erklärt zur Beschlussfassung, dass er den Beschlussvorschlag der Verwaltung um nachfolgenden Passus erweitern möchte:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Plausibilität des Standortes für Fußgängerüberwege und Ampel noch einmal zu prüfen. Weiter soll die Möglichkeit geprüft werden, ob aufgrund des Ausbaus der Salzbergener Straße das Ortsschild versetzt werden kann. Es soll eine Leuchttafel mit Geschwindigkeitsanzeige in Verbindung mit einer geschwindigkeitsentsprechenden Smiley-Anzeige aufgestellt werden.“

Geänderter Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Plausibilität des Standortes für Fußgängerüberwege und Ampel noch einmal zu prüfen. Weiter soll die Möglichkeit geprüft werden, ob aufgrund des Ausbaus der Salzbergener Straße das Ortsschild versetzt werden kann. Es soll eine Leuchttafel mit Geschwindigkeitsanzeige in Verbindung mit einer geschwindigkeitsentsprechenden Smiley-Anzeige aufgestellt werden.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Verkehrssicherheit für Mesum - Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.21 Vorlage: 493/21

Herr Jansen erklärt, dass man für die Rheiner Straße zwei Anträge gestellt habe. Einmal gehe es um den Bereich Hohe Heideweg, wo es um zwei Lichtsignalanlagen (LSA) gehe, aber auch noch um eine grundsätzliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 km/h in diesem Bereich und im Ortskern. Zu den Lichtsignalanlagen erklärt Herr Jansen, dass diese einmal am Hohe Heideweg und im Bereich Tankstelle am Lindvennweg gleichgeschaltet eingerichtet werden sollen. Ihnen sei wichtig, dass dort Ampelanlagen errichtet werden incl. der vorher ausgeführten 30 km/h-Zonen. Das Thema Kreisverkehr finden sie auch nicht schlecht, sehen allerdings die Problematik darin, dass dies nur mit einem Riesenaufwand geschehen könne, wobei man auf Grundstücksflächen der Anlieger und mit dem Abriss eines Hauses angewiesen sei.

Herr Dr. Konietzko übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Achterkamp erklärt, dass man im Vorfeld Gespräche mit den Anwohnern geführt habe, der Abriss des genannten Hauses unumgänglich sei und der Eigentümer zu Gesprächen bereit wäre. Ihnen sei wichtig, dass an dieser Stelle schnell etwas geschehe, da es auch von Kindern sehr viele Querungen gebe, z. B. zu Schule, zum Sportverein etc.

Herr Jansen ergänzt, dass man ein neues 3-stufiges Wohngebiet bekommen habe, wo viele Familien mit Kindern angesiedelt seien. Weiter habe man eine Bushaltestelle, die im Bereich der Tankstelle angesiedelt und gerade auch von Schülern stark frequentiert sei. Auch müsse man mit einer unübersichtlichen Verkehrssituation klarkommen. Er erklärt, dass er die von der Verwaltung vorgeschlagene dritte Variante nicht als die Richtige ansehe, da auch hierdurch das Tempo nicht reduziert werden könne und eine sichere Überquerung der Straße nicht gewährleistet sei.

Frau Schauer erklärt, dass man in der Vorlage begründet habe, warum man die Einrichtung von zwei Lichtsignalanlagen nicht befürworten könne. Eine Lichtsignalanlage sei sicherlich erst einmal der richtige Gedanke, aber die gewünschten zwei LSA, die so kurz hintereinander angebracht werden sollen, werden auch schwierig in der Akzeptanz sein. Sie erklärt, dass auch gleichgeschaltete LSAen schwierig seien, wobei man extreme Schwierigkeiten in den Umlaufzeiten bekomme werde, was an dieser Stelle nicht nur die Autofahrer beeinträchtigen würde, sondern auch Fußgänger und Radfahrer. Frau Schauer erklärt, eine grobe, allgemeine Schätzung habe ergeben, dass man für einen Kreisverkehr rund 600.000,00 Euro rechnen müsse, wobei hier dann noch der Grunderwerb der Flächen von den Anwohnern hinzukomme. Frau Schauer

weist darauf hin, dass es im Moment nur um eine Plausibilitätsprüfung gehe und es keine Vorplanung sei. Ein Kreisverkehr sei immer in Verbindung mit den Kosten und der Prioritäten zu sehen, da es sich hier dann um ein Großprojekt handle. Frau Schauer erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung die Prüfung einer Querungshilfe oder Fußgängerampel, keine Signalisierung der gesamten Kreuzung, gewesen sei. Die Verwaltung schlägt vor dies zu prüfen, da man dadurch schon eine Verbesserung erzielen könne.

Herr Jansen weist darauf hin, dass man mit zwei Fußgängerampeln alle Wege abdecken könne und dann mit Tempo 30 km/h eine signifikante Verbesserung erhalten werde. Ihm sei wichtig eine schnelle Lösung zu erhalten.

Herr Brauer übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Frau Achterkamp fragt, ob es schon ein Termin für den Ausbau des Hohe Heideweg gebe.

Frau Schauer nimmt die Anfrage zur Prüfung mit.

Herr Isfort fragt, wie lange die Prüfung für einen Kreisverkehr dauern könne.

Frau Schauer erklärt, dass die Verhandlungen mit den Eigentümern nicht eingeschätzt werden können. Allerdings weist sie darauf hin, dass man keine Planung, kein Büro und Haushaltsmittel habe. Erst durch die Aufstellung der Planung erhalte man konkrete Quadratmeterzahlen für den Grunderwerb, die dann mit den Eigentümern besprochen werden müsse. Frau Schauer erklärt, dass man nur mit dem Einstieg in eine tiefere Planung, der Zusage aller Eigentümer, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen, entsprechender Haushaltsmittel und freier Planungskapazitäten vorankommen werde. Außerdem müsse man weiter die Prioritäten, wie, z. B. Straßensubstanz erhalten, Themen, wie Sicherheit voranbringen, Radverkehrskonzept etc. ansehen, um entscheiden zu können, was für Rheine und in welcher Reihenfolge wichtig sei.

Herr Isfort beantragt, den Punkt auf die nächste Sitzung zu verschieben, um noch mehr Informationen zu den verschiedenen Varianten und Fragestellungen zu erhalten.

Frau Schauer erklärt, dass man bis zur Sitzung am 03.02.2022 die Information liefern könne, ob der Kreisverkehr auch mit weniger Grunderwerb machbar sei.

Herr Brauer fragt Herrn Jansen, ob dieser mit der Verschiebung einverstanden sei.

Herr Jansen erklärt, dass er dem Vorschlag zustimmen könne, möchte aber kurzfristig eine Tempo-30-Zone eingerichtet sehen.

Herr Elbers erklärt, dass eine Tempo-30-Zone einzurichten rechtlich nicht möglich sei, was in der Vorlage schon ausgeführt wurde.

Nach eingehender Diskussion und einer von Herrn Tappe beantragten Sitzungsunterbrechung, einigt man sich auf nachfolgendes Vorgehen.

Herr Brauer erklärt, dass man gemeinsam der Meinung sei, die Beschlussfassung auf die erste Sitzung 2022 zu vertagen.

Herr Schomaker regt an, kurzfristig für die dunkle Jahreszeit mit der Straßenverkehrsbehörde zu überlegen, ob und wie mobile Dinge eingesetzt werden können, um punktuell Situationen hier zu entschärfen.

Herr Elbers nimmt die Anregung mit.

Beschluss:

Nach eingehender Diskussion wurde die Beschlussfassung in die Sitzung vom 03.02.2022 verschoben.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

**15. Antrag gemäß § 24 GO NRW zur Neugestaltung des Dorfplatzes Elte
Vorlage: 465/21/1**

Beschluss:

- I. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, den Prozess zur Neugestaltung des Elter Dorfplatzes als Bestandteil der gemäß Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 12.07.2021 (Vorlage 339/21) ab der 2. Jahreshälfte 2023 vorgesehenen Erarbeitung eines Dorfentwicklungsplanes für den Bereich Elte einzubinden. Die Belange einer umfassenden Beteiligung der Öffentlichkeit und einer auf die Belange der Ortslage Elte insgesamt abgestimmten Neugestaltung sollen dadurch sichergestellt werden.
- II. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Bau- und Mobilitätsausschuss, zu beschließen, dass die im Umfeld des Dorfplatzes Elte geplanten, Straßenbaumaßnahmen im Bereich Ludgerusring ebenfalls im Zusammenhang mit der Erstellung und Umsetzung des Dorfentwicklungsplanes durchgeführt werden.
- III. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die im Umfeld des Dorfplatzes Elte geplanten Straßenbaumaßnahmen im Bereich Ludgerusring ebenfalls im Zusammenhang mit der Erstellung und Umsetzung des Dorfentwicklungsplanes durchzuführen und den im Straßen- und Wegekonzept beschlossenen Ausbau der Straße Ludgerusring in 2022 nicht mehr zu berücksichtigen.

(Beschlussvorschlag der Verwaltung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Planung und Bau von Kreisverkehren
Vorlage: 388/21**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ergebnisse der Vorplanungen zu den Kreisverkehrsplätzen zur Kenntnis, beschließt

- den K 1 Lingener Damm / Am Stadtwalde / Hovesaatstraße in der Variante 1
 - den K 2 Lingener Damm / Staufenstraße / Römerstraße in der Variante 1 und
 - den K 3 Windmühlenstraße / Sonnenstraße / Osningstraße in der Variante 3
- auszubauen, und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Planungsschritte einzuleiten. Weiterhin beschließt der Bau- und Mobilitätsausschuss den im Straßen- und Wegekonzzept beschlossenen Ausbau der Straße Schmidts Kämpken nach 2023 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Stadtbäume Poststraße
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 399/21

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bauausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung –

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bauausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm:

Poststraße (zwischen Bahnhofstraße und Marktstraße)

Bau von zwei Baumbeeten mit Anpassung von Fahrbahn und Gehweg mit folgenden

Teileinrichtungen:

1. Fahrbahn mit Unterbau und einer Decke aus grauem Betonsteinpflaster
2. Gehwegfläche mit Unterbau/Pflanzsubstrat und einer Decke aus grauen Platten
3. Baumbeeten, bestehend aus seitlich aufgeweiteten Pflanzgruben mit Substrat, rd. 95 cm tief und einer Öffnung von 70 x 70 cm mit Unterflurbaumrost und Baumschutzgitter h=1,80 m
4. Straßenentwässerung mit zusätzlichen Anschlüssen an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18. Im Schultenhoek/Nonnenpäden:
Barrierefreier Umbau einer Treppenanlage zur Gehwegrampe
Vorlage: 404/21**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungsplanung zum Umbau der Treppenanlage am Nonnenpäden zur Kenntnis und beschließt den Bau einer barrierefreien Gehwegrampe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Freischaltung der Funktion RADar! in der STADTRADELN-App
Vorlage: 334/21**

Frau Jaske erklärt, dass die Stadt Rheine dabei sei, eine ähnliche Meldeplattform wie die STADTRADELN-App zu schaffen. Man habe entschieden, sie gemeinsam mit den Stadtwerken, TBR, EWG zu initiieren, damit z. B. Doppelmeldungen vermieden werden können. Da die Meldeplattform der Stadt Rheine viel weiter gehend sei, als die STADTRADELN-App, schlägt die Verwaltung vor, die Meldeplattform der Stadt zu nutzen, wobei man sagen könne, dass die Entwicklung schon sehr weit fortgeschritten sei. Der Vorteil bei dieser App sei, dass eine Kontaktliste der Sachbearbeitenden direkt hinterlegt sei, wodurch dann die Eingaben gleich adressatengerecht zugestellt werden können.

Herr Isfort möchte wissen, wie lange es noch dauern werde, bis die andere Plattform online sei.

Frau Jaske erklärt, dass es schon Absprachen mit allen Beteiligten gebe und die Plattform recht weit fortgeschritten sei. Sie gehe davon aus, dass die App im Zeitraum von 3-6 Monaten fertig sein könne.

Herr Nagelschmidt möchte für die STADTRADELN-App werben und auch bitten, sich die Funktionen anzusehen. Diese App sollte wenigstens im Aktionszeitraum des Stadtradelns, beginnend am 26. Mai 2022 für 3 Wochen freigeschaltet werden. Einen weiteren Effekt sehe er darin, dass dadurch die Teilnahme am Stadtradeln noch weiter verbessert werden könne.

Herr Isfort regt an, die STADTRADELN-App, wie von Herrn Nagelschmidt schon vorgeschlagen, wenigstens für die 3 Wochen zu aktivieren.

Frau Schauer erklärt, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger ein Akzeptanzproblem sehe, wenn mit zwei Apps gearbeitet werden solle. Ihr Vorschlag sei, sich die Mängelmelde-App erst einmal anzusehen, wobei sie sich vorstellen könne, dass diese auch im HDF vorgestellt werden und somit auch beurteilt werden könne.

Herr Nagelschmidt regt an, die STADTRADELN-App im nächsten Jahr freizuschalten und zu sehen, was man damit erreiche.

Herr Brauer fragt, ob die Verwaltung dem zustimmen könne, wenn die STADTRADELN-App für die 3 Wochen des Stadtradelns freigeschaltet würde, obwohl ihm die städtische App sehr am

Herzen liege. Den Vorteil sehe er darin, dass man Meldungen sofort absetzen könne und diese auch gleich beim richtigen Ansprechpartner landen.

Herr Isfort erklärt, dass man den Antrag insofern verändern möchte, dass die STADTRADELN-App zum Testen während des Stadtradelzeitraumes von 3 Wochen einmalig freigeschaltet werde.

geänderter Beschluss:

Die CDU-Fraktion beantragt, der Bau- und Mobilitätsausschuss solle beschließen, dass für die Bürger der Stadt Rheine, als einen Beitrag zur positiven Bürgerbeteiligung, die Radar-Funktion der „Stadtradel-App“ *für den Zeitraum des Stadtradelns (3 Wochen) im Jahr 2022*, freigeschaltet wird.

(Beschlussvorschlag des Antragstellenden)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Unser Rheine 2030 - Detailberatung in den Fachausschüssen Vorlage: 405/21

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt das Strategiepapier Unser Rheine 2030 – mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen - zustimmend zu Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

21. Anfragen und Anregungen

Herr Meier erklärt, dass an der **Sandkampstraße/Düsterbergstraße** eine neue Markierung und 30 km/h geplant sei. Er fragt, wie die neue Markierung aussehen werde und ob man schon einen Zeitrahmen habe. Weiter möchte er wissen, ob in absehbarer Zeit dann bei den Beschäftigten der Emstorwerkstätten noch einmal nachgefragt werden könne, ob es erfolgreich war und ob die Sandkampstraße gefahrlos überquert werden könne.

Frau Schauer nimmt die Anfrage für Herrn Elbers mit. Diese werde dann im nächsten Protokoll beantwortet.

Herr Weßling erklärt, dass die **Bahnübergänge Wietesch und Bentlage** wieder gesperrt werden. Er möchte wissen, ob es Einflussmöglichkeiten bezüglich der Wartezeiten im Normalbetrieb gebe. Er habe gestern am Bahnübergang Lessingstraße 10 Minuten gestanden, wobei erst ein Zug und dann, nach 5 Minuten Wartezeit der zweite Zug gefahren sei. Aus seiner Sicht hätte man die Schranken zwischen den Zügen öffnen können. Er fragt, ob es diesbezüglich schon einmal Gespräche mit der Bahn gegeben habe und ob man überhaupt Möglichkeiten habe, darauf einzuwirken.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass er davon ausgehe, dass es hierfür Regularien bei der Bahn gebe. Er könne die Anfrage mitnehmen und bei der Bahn anfragen, wie sich die Situation dort verhalte.

Herr Schomaker erklärt, da es sich hier um sein Berufsfeld handle, dass die Schließung von Schranken signalabhängig sei. Wenn ein Zug aus dem Bahnhof ausfahren soll, werde ein Signal auf grün gestellt, wobei es zwangsläufig so sei, dass die dem Signal folgenden Bahnübergänge geschlossen werden. Wenn dann der Streckenabschnitt durch Bebauung oder ähnliches nicht so schnell befahren werden könne, erhöhe sich natürlich die Zeit, in der der Bahnübergang geschlossen bleibe. Technisch lasse sich an der Situation so nichts ändern.

Herr Isfort berichtet, dass die **Sandkampstraße** in Kürze gesperrt werde. Die Anwohner befürchten, dass die Umleitung über den Moosgraben und Vennegroben gemacht werde. Dies sei zwar heute schon für LKWs gesperrt worden, weiter stehe aber noch ein Schild Anlieger/LKWs frei. Vielleicht könne das Schild abgeklebt werden, damit nicht so viele illegal durchfahren. Weiter möchte er wissen ob es nicht möglich sei, die Herefortstraße, abgehend von der Bonifatiusstraße, grundsätzlich für LKWs zusperrern, da diese gerade auch in der Erntezeit mit großen Fahrzeugen befahren werde. Weiter berichtet Herr Isfort, dass dieses ein Schotterweg und nicht einmal eine ausgebaute Straße sei. Er bittet um Antwort, ob dies nicht möglich oder nicht gewünscht sei.

Herr Brauer berichtet von der **Signalanlage Friedrich-Ebert-Ring/Heinrich-Lübke-Straße**, dass diese schon längere Zeit außer Betrieb sei. Dem Bau- und Mobilitätsausschuss sei mitgeteilt worden, dass diese Signalanlage zurückgebaut werde, da eine Reparatur zu kostenaufwendig sei. Herr Brauer möchte wissen, ob und wann diese Signalanlage wieder dort stehen werde.

Herr Jansen ergänzt, dass die genannte Ampelanlage nicht abgehangen sei, was dazu führe, dass man ein riesiges Problem bei entsprechender Lichteinstrahlung habe, zu erkennen, ob die Ampel an oder aus sei. Es wäre wichtig, die Ampelanlage abzuhängen, wenn sie nicht genutzt werden könne.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass er keine neuen Angaben habe. Er werde nachfragen und zeitnah dazu etwas sagen.

Ende der Sitzung:

21:15 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin